

Evangelische Verantwortung

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Themen:

| | |
|--|----|
| Editorial | 3 |
| „Aufgeklärter Islam“? | 8 |
| Evangelisches Leserforum | 11 |
| Europäisches und weltweites Klonverbot | 12 |

Einwanderungspolitik und Werteorientierung

Prof. Dr. Bassam Tibi

Demokratie ist nicht nur eine institutionalisierte Wahlprozedur, sondern auch und vor allem eine politische Kultur, die auf einer Werte-Orientierung basiert. Zu dieser politischen Kultur gehört Vielfalt auf der Grundlage von Akzeptanz und Respekt für Andersdenkende sowie religiöse Toleranz. Es gehört

wenn sie in ihrer Substanz bedroht wird. Dies ist der Leitgedanke der folgenden Ausführungen mit einem Plädoyer für eine Werte-Orientierung im Zeitalter globaler Migration.

I. EINFÜHRUNG IN DIE THEMATIK

Von dem großen, jüdisch-europäischen Denker und NS-Opfer Karl Popper, der für die demokratische Ordnung den Begriff der „offenen Gesellschaft“ geprägt hat, stammt die Aussage, dass es zur Toleranz gehöre, keine Intoleranz im Namen der Toleranz zu dulden. Eine offene Gesellschaft, die sich nicht erlaubt als wehrhafte Demokratie zu agieren, also, sich keine Selbstverteidigung gegen ihre Feinde zur Grundlage gewährt, kann nicht dauerhaft bestehen.

In diesem Artikel stehen die Ideen über einen nötigen, jedoch an der Demokratie orientierten sicherheitspolitischen Ansatz in der Einwanderungspolitik europäisch-demokratischer Staaten im 21. Jahrhundert im Mittelpunkt. Die heutigen europäischen Gesellschaften haben eine pluralistische Orientierung, aber Pluralismus bedeutet Vielfalt nur unter der Voraussetzung der Akzeptanz von Grundregeln, die für alle gelten und sich an verbindlichen Werten orientieren. Es geht darum, dass Vielfalt parallel zur Bewahrung des demokratischen Gemeinwesens existiert und nicht in Fragmentation als eine Art Balkanisierung der Gesellschaft resultiert. Der angesprochene sicherheitspolitische Ansatz hat eine kurzfristige und eine langfristige Dimen-

Demokratie ist nicht nur eine institutionalisierte Wahlprozedur, sondern auch und vor allem eine politische Kultur, die auf einer Werte-Orientierung basiert.



„Pluralismus bedeutet Vielfalt nur unter der Voraussetzung der Akzeptanz von Grundregeln“

demnach auch nicht zur Demokratie, ihren Feinden grenzenlose Handlungsfreiheit zu gewähren. Denn jede auf einem solchen Demokratie-Verständnis basierende pluralistische Gesellschaft setzt ihre Grenzen, vor allem

sion. Die offene Gesellschaft nimmt Migranten aus anderen Kulturen auf, von denen viele, wie z.B. islamische Gesellschaften, keine Demokratie kennen. Deshalb muss sie ihre Fortexistenz parallel zur Offenheit und Toleranz gewährleisten. Dies bedeutet, dass unter den Migranten keine Feinde der Demokratie aufgenommen werden sollen. Die instrumentelle Inanspruchnahme des Rechtsstaates durch Islamisten, um seine Grundlagen zu unterminieren, darf nicht toleriert werden. Diese Erkenntnis muss zum gesetzlichen Teil des Einwanderungsrechts gehören. Langfristig müssen alle europäischen Gesellschaften, die Fremde als Migranten aufnehmen, diese Aufnahme mit einer Integrationspolitik verbinden. Nur auf diese Weise können Fremde zu Einheimischen werden. Dies erfordert jedoch eine Werte-Orientierung, die ich in meinem Buch „Europa ohne Identität?“ Leitkultur nenne.

Wer die Sachlage anders als die in den Feuilleton-Seiten publizierte Meinung sieht und einschätzt, wird mit diesen Keulen erschlagen.

Nach dieser thematischen Einführung gehe ich im weiteren Verlauf des Artikels der Problematik daher in zwei Schritten nach; zuerst erfolgt ein Nachdenken über die Komplexe, die ein Einwanderungsgesetz zu bewältigen hat, und daran schließe ich meine Ausführungen über die Problematik der Leitkultur als Werte-Orientierung einer offenen Gesellschaft im Sinne von Sir Karl Popper an.

II. DAS EINWANDERUNGSGESETZ UND DIE KOMPLEXE, DIE ZU BEWÄLTIGEN SIND:

In Deutschland haben die großen Parteien um ein Gesetz gestritten, das die Bundesrepublik für die Regulierung der seit anderthalb Jahrzehnten massiv gewordenen Zuwanderung benötigt, um diese in eine Einwanderung zu verwandeln. Sie sind produktiv zu einem Konsens gelangt. Zwischen beiden Begriffen gibt es einen zentralen Unterschied, der kaum beachtet wird: Zuwanderung ist ein chaotisch verlaufender Vorgang, so wie er beispielsweise in Deutschland stattfindet, wohingegen Einwanderung ein rechtlicher und institutionell geregelter Prozess ist, so wie dieser in den USA und anderen traditionellen Einwanderungsgesellschaften etabliert ist. Statistisch gesehen, ist Westeuropa im Hinblick auf Migrationsströme inzwischen mit den USA vergleichbar geworden; dennoch lassen sich der erforderliche sachliche Umgang mit der Problematik sowie die Offenheit für ein Lernen von historischen Erfahrungen der anderen oft vermissen. Stattdessen hören wir – z.B. bei den Grünen – nur Moralisierung und Gesinnungsethik parallel zur Verfemung der Andersdenkenden durch Anwendung von

Keulen, die inhaltliche Argumente ersetzen. Wer die Sachlage anders als die in den Feuilleton-Seiten publizierte Meinung sieht und einschätzt, wird mit diesen Keulen erschlagen. Drei Komplexe stehen im Mittelpunkt der Problematik, nämlich:

- 1. Steuerung der Migration:** Dies bedeutet nicht nur Begrenzung, sondern auch ein Selektionsverfahren. Dies ist bei jeder Einwanderungspolitik demokratisch und auch zulässig.
- 2. Die Sicherheitsproblematik:** Spätestens seit der amerikanischen Tragödie des 11. September 2001 und der europäischen vom 11. März 2004 gehört diese Thematik zur Debatte über die Migration; schon davor war diese Einsicht längst in der Forschung etabliert, ging aber nicht in die Politik ein.
- 3. Die Integration der Migranten:** Wer für Einwanderung eintritt, der muss auch die Integration der Migranten wollen. Diese Politik muss das Ziel verfolgen, den Zugewanderten zu helfen, Bürger, d.h. Mitglieder des Gemeinwesens zu werden. Dies kann allerdings nicht geschehen, wenn nicht parallel ein Konsens über eine zivilgesellschaftliche, also eine von allen zu teilende Werte-Orientierung existiert; ich nenne diesen Werte-Konsens europäische Leitkultur, die in Bezug auf die Migranten kulturübergreifende Grundlagen haben muss. Dieser Gedanke wird noch in den beiden abschließenden Teilen näher erläutert.

III. ISLAMISCHE ZUWANDERUNG UND DAS POTENTIAL EINES EUROPÄISCHEN ISLAM: PROBLEME DER INTEGRATION UND DER INNEREN SICHERHEIT FÜR DEUTSCHLAND UND EUROPA

Im Folgenden werde ich im Kontext der Integration die Problematik der inneren Sicherheit ansprechen. Hier ist eine Doppelstrategie vonnöten. Demokratiefeindliche Kräfte (z.B. Islamisten und Djihadisten sowie ethnische Nationalisten) müssen rechtsstaatlich ausgeschlossen werden können, auch weil sie eine erforderliche Integration der Migranten behindern. Die eingewanderten Menschen können als neue Bürger am Besten vor dem Islamismus geschützt werden. Kurz: Eine Selektion ist erforderlich, durch die das Einsickern von Djihadisten verhindert werden kann. Solch eine Strategie gehört zur Einwanderungspolitik. Wenn ich bei meinen Ausführungen stets auf die Bundesrepublik fokussiere

Liebe Leserin, lieber Leser,

aus bioethischer Perspektive hat der „heiße“ Herbst bereits im Hochsommer begonnen: Die Nachricht über die erste Genehmigung des sogenannten „therapeutischen“ Klonens im britischen Newcastle für das „Centre for Life“ der dortigen Universität hat uns erneut in Erinnerung gerufen, wie dringlich eine zügige europäische und weltweite **Ächtung des Forschungsklonens** ist. Bei diesem Verfahren werden menschliche Embryonen eigens zum Zwecke der Forschung erzeugt, um danach sofort wieder vernichtet zu werden. Der hierfür benötigte große Bedarf an weiblichen Eizellen könnte überdies sehr bald zu einer neuen Form der „Prostitution“, gerade auch in Drittwelt-Ländern, führen. Die Tatsache, dass das „Centre for Life“ seine Forschungen in unmittelbarer räumlicher Nähe zu einer Fortpflanzungsklinik betreibt, ist ein weiteres beunruhigendes Signal.

All dies ist ein Rückschlag für diejenigen, die sich auf der Basis des christlichen Menschenbildes seit Jahren gegen die Instrumentalisierung und Ökonomisierung des menschlichen Lebens einsetzen. Dass die jetzige Bundesregierung für ein klares und entschiedenes „Nein“ zur weltweiten Ächtung des Forschungsklonens nicht zu haben ist, zeigen immer wieder die zahlreichen relativierenden Äußerungen von Bundeskanzler Schröder sowie die regelmäßigen Verlautbarungen aus dem von ihm besetzten und ihn stets assistierenden „Nationalen Ethikrat“. Hierbei ist in Erinnerung zu rufen, dass es im letzten Jahr an der Stimme der Bundesregierung gelegen hat, dass die Entscheidung der UN über ein Klonverbot verschoben wurde und ein Antrag mit dem Ziel eines umfassenden Verbotes scheiterte.

Auch in Bezug auf die ethischen Fragen am Ende des Lebens sind wir in die ständige Verantwortung für den Schutz der Menschenwürde gerufen: Als Sprecher der CDU/CSU-Fraktion in der Enquete-

Kommission „Ethik und Recht der modernen Medizin“ des Deutschen Bundestages ist es mir zusammen mit dem katholischen Mainzer Moralthologen, Prof. Johannes Reiter, gelungen, durch einen gemeinsamen Vorschlag eine Mehrheit für eine sinnvoll eingeschränkte Anwendung von Patientenverfügungen zu erreichen. Das **Thema „Patientenverfügung“** beschäftigt derzeit viele Menschen.

Diese Verfügungen ermöglichen es, für den Fall der Entscheidungsunfähigkeit bzw. Äußerungsunfähigkeit im Voraus medizinische Maßnahmen zu fordern oder zu untersagen. Dem verständlichen Verlangen nach Behandlungsabbruch bei einer unumkehrbar zum Tode führenden Krankheit kann auf diese ethisch vertretbare Weise Rechnung getragen werden. Wachkoma und Demenz als solches fallen nicht unter irreversible tödliche Leiden in diesem Sinne.

Wir haben damit einer nicht verantwortbaren Ausweitung von Patientenverfügungen auf Situationen, in denen lebensrettende Maßnahmen untersagt werden, obwohl eine Krankheit heilbar ist oder nicht zum Tod führt, entgegengewirkt. Eine solche ethisch nicht zu rechtfertigende Handhabung hatte die von Bundesjustizministerin Zypries eingesetzte Kutzer-Kommission befürwortet.

Gottes Segen!

Ihr



Thomas Rachel MdB
(Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU)



„Aus bioethischer Perspektive hat der ‚heiße‘ Herbst bereits im Hochsommer begonnen.“

und auch islamische Migranten in den Mittelpunkt stelle, übersehe ich nicht, dass der Kontext Europa insgesamt ist und behalte die allgemeine Migrationsproblematik im Auge.

Die Problematik der Zuwanderung gehört als Herausforderung zu den zentralen Themen der deutschen Demokratie. Zwischen dem Jahre 1960, dem Beginn der Anwerbung türkischer „Gastarbeiter“, und 2004 ist die Islam-Diaspora in Deutschland von ein paar Tausend muslimischer Migranten bis auf etwa 3,7 Millionen angewachsen. Die Zahl der Muslime schwankt zwischen einem Drittel und der Hälfte aller Migranten. In Westeuropa lebten im Jahre 1950 ca. 800.000 Muslime, heute sind es mehr als 17 Millionen. Dazu kommen ca. 10 Millionen europäische Muslime, die in Südosteuropa leben und keine Migranten sind. Dabei ist der Anteil der Konvertiten an den in Europa lebenden Muslimen – im Vergleich zu den USA – verschwindend klein; oft handelt es sich dabei um Europäer mit Identitätsproblemen, die ihr Heil in der Religion einer fremden Kultur suchen oder die Konversion erfolgt im Rahmen einer Ehe-Schließung.

Es ist eine Aufgabe und zugleich eine Herausforderung, die stets wachsende islamische Gemeinde in europäische Gesellschaften durch Europäisierung zu integrieren, das heißt sie so in das gesellschaftliche Leben einzubinden, so dass ihre Angehörigen sich nicht mehr als Fremde, sondern als europäische Bürgern empfinden und auch als solche von den Deutschen wahrgenommen werden. Ist dies möglich? An dieser Frage scheiden sich die Geister und ich – selbst Muslim und Migrant – bin jenseits des deutschen Pro und Contras der Auffassung, dass dies unter besonderen Bedingungen möglich ist, nämlich wenn Deutsche und Migranten es wollen. Werden die Muslime nicht integriert, erwachsen daraus Sicherheitsprobleme, die bedrohlich werden können. Dies muss man offen und unzensiert sagen dürfen, und es ist keine Panikmache, sondern verantwortungsethisch begründet, das zu äußern.

Es ist bedauerlich, dass es außerhalb Deutschlands leichter ist, über die anstehenden Probleme frei nachzudenken. In Paris 1992, Sydney 1997 und Berkeley 1999-2000 habe ich in internationalen Projekten über die sich wandelnde Identität Europas unter dem Einfluss islamischer Zuwanderung mein Konzept vom Euro-Islam entwickelt, das ich in den Gesamtkontext einer europäischen Leitkultur einbinde. Dies entwickle ich in mei-

nem Buch Islamische Zuwanderung weiter, dessen zentrale These bereits im Untertitel „Die gescheiterte Integration“ enthalten ist. Das Buch bietet einen konzeptionellen Rahmen für eine Gesellschaftspolitik im Lichte der Erfahrung vom 11. September 2001. Der 11. März 2004 macht die Relevanz auch für die innere Sicherheit Europas überdeutlich. Dieser Kontinent benötigt eine neue Sicherheitspolitik, die zwingend in jedes Einwanderungsgesetz einzubauen ist. Wer diesen Bedarf nicht einsieht und keine Konsequenzen zieht, der lebt nicht in dieser Welt. Deutschland darf hier keine Ausnahme sein oder einen deutschen Sonderweg einschlagen.

Die Integration von Fremden im Rahmen einer Leitkultur als Werte-Konsens über Demokratie und Zivilgesellschaft muss verbindlich gemacht werden. Die Werte-Beliebigkeit und eine falsch verstandene Toleranz sind der geistige Rahmen dafür, dass die djihad-terroristischen Islamisten Deutschland als Ruhezone missbrauchen können. Dies muss verändert werden. Sicherheit und Integration sind komplementäre Aufgaben. Für manche Muslime erfordert die Integration einen Wandel in ihren religiös-kulturellen Anschauungen. So darf sich ein Muslim nach der orthodox-islamischen religiösen Doktrin in keine nicht-islamische Gemeinschaft einfügen, weil Muslime nur zur Umma-Gemeinschaft des Islam gehören. Dieses Verbot fördert das Wuchern islamischer Parallelgesellschaften, die im Rahmen der Zuwanderung entstehen und von Islamisten als neues Hinterland für ihre Aktivitäten missbraucht werden. Anders formuliert: Auch die Muslime haben Schuld an der fehlenden Integration. Alleine über das Erlernen der Sprache und über den Erwerb eines deutschen Passes werden die Migranten nicht zu europäischen Bürgern. Die Integration der Migranten kann nur dann gelingen, wenn sie europäische Werte, die auch islamisch begründet und damit für Muslime akzeptabel werden, annehmen. Dies erfordert eine reform-islamische Interpretation des Islam, die diesen mit Europa verbindet. Das ist eben der Euro-Islam als Reform-Islam. Dieser kann sich in eine europäische Leitkultur einfügen. Eine sich an diesem Konzept orientierende Integrationspolitik erweist sich als eine weitsichtige Sicherheitspolitik, die weitaus erfolversprechender im Kampf gegen den Djihad-Terrorismus sein kann, als jedes militärische oder polizeiliche Vorgehen. Wenn muslimische Migranten ein Teil Europas werden, können sie von der Verführung durch die Idee des Djihad geschützt werden und dann ist Euro-

Werden die Muslime nicht integriert, erwachsen daraus Sicherheitsprobleme, die bedrohlich werden können.

pa letztendlich selbst geschützt. Die Probleme liegen auf beiden Seiten: So fällt mir bei meiner Forschung über die islamische Zuwanderung nach Deutschland oft auf, dass es einige Deutsche gibt, die einen gesellschaftlichen Konsens über den Einbau einer Sicherheitspolitik im "Zuwanderungsgesetz" verhindern wollen; sie möchten die Angelegenheiten so sehen, als wären sie allein auf dieser Welt. So lernen die Grünen nicht von der international geführten Debatte über diese Problematik, und dies verleitet sie zu deutschen Sonderwegen, die sie geistig sonst verwerfen. Als Beispiel möchte ich zwei Probleme der Migration anführen, die in der deutschen Zuwanderungsdebatte kaum eine inhaltliche Berücksichtigung finden. Erstens bedeutet Migration, dass ein Land damit nicht nur die benötigten Arbeitskräfte, sondern auch Menschen aufnimmt, die Konfliktpotentiale ihrer Herkunftsländer mitbringen. In dem soeben angeführten Buch über „Islamische Zuwanderung“ zeige ich systematisch, dass die Sicherheitsproblematik mit der Migration einhergeht. Zusammen mit den islamischen Zuwanderern kommen auch die islamischen Fundamentalisten; zu den Konflikten, die hierbei mit eingeführt werden, gehört beispielsweise der sich intensivierende Nahostkonflikt. So wird auf Demonstrationen von islamischen Zuwanderern in Berlin offener nahöstlicher Judenhas zur Schau getragen. Dieser neue Antisemitismus ist ein Störfaktor für die Demokratie in Deutschland. Die Integration der Zuwanderer ist als zweites Problem anzuführen. Mein zentrales Argument ist, dass zwischen diesem und dem erstgenannten insofern ein Zusammenhang besteht, dass die Integration der Migranten zur Verringerung der Sicherheitsrisiken beiträgt. Migranten, die sich mit dem Gemeinwesen des Aufnahmelandes identifizieren,

tragen die Konflikte ihrer Herkunftsregion nicht in die neue Heimat. Im Dickicht der Debatte über die Zuwanderung fiel mir ein Leitartikel in der Neuen Züricher Zeitung über die Einfuhr des Antisemitismus durch die Migration positiv auf. Die „brennenden Synagogen“ in Frankreich veranschaulichen auf schockierende Art und Weise diese negative Begleiterscheinung der Migration. Unter diesem Titel schreibt jener Leitartikler:

„Diejenigen, die heute in Frankreich Synagogen verwüsten und ähnliche Verbrechen begehen, sind in der Regel wohl Beurs arabischer Herkunft, sie sind aber in Frankreich geboren, aufgewachsen und haben die französische Staatsbürgerschaft erworben. Viele führen jedoch eine Randgruppen- und Ghetto-Existenz ... Sie gehören – in ihrer eigenen Wahrnehmung und in derjenigen ihrer Umgebung – nicht zur französischen Gesellschaft, haben nicht teil an deren Wohlstand und teilen nicht deren Werte.“ (NZZ vom 3. April 2002, S. 3)

Des Weiteren folgert der Schweizer Kommentator daraus:

„Es ist nicht ... gelungen, die arabischen Immigranten in die französische Gesellschaft und in den französischen Staat zu integrieren.“ (ebd.)

Was lernen wir daraus für Deutschland? Wir müssen es als ein Sicherheitsrisiko anerkennen, dass durch eine Übertragung des Nahostkonfliktes auf Deutschland nicht-integrierte Zuwanderer darin eine "Gelegenheit zur Rache" sehen. Die Islamisten nutzen das trübe Gewässer, um darin unterzutauchen. Solche Probleme und Konfliktpotentiale beachtet das deutsche Zuwanderungsgesetz nicht; die fehlende Integration wird auf Sprachkurse reduziert und somit werden die

So wird auf Demonstrationen von islamischen Zuwanderern in Berlin offener nahöstlicher Judenhas zur Schau getragen.



Seit Dezember 2003 haben insgesamt 391 Leserinnen und Leser 17.166,45 Euro für die Evangelische Verantwortung gespendet.

Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.

Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:

Konto: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Konto-Nr. 112 100-500 oder Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00, Konto-Nr. 56 267

Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK:

Internet: www.evangelischer-arbeitskreis.de

wirklichen Probleme nicht erkannt. Der Streit unter den Politikern dreht sich vorrangig um die Finanzierung der Sprachkurse und nicht um weitreichende Konzepte für die Integration der Menschen. Die Grünen wollen der Sicherheitsproblematik im Gesetz keinen Raum gewähren.

Experten wissen, dass die aus Nordafrika stammenden französischen Beurs besser Französisch als Arabisch sprechen; dennoch sind sie nicht integriert. Dies gilt auch hierzulande für viele nicht-integrierte Türken der dritten Generation. Ich möchte zudem daran erinnern, dass der Ägypter Mohammed Atta aus Hamburg, der Anführer des Anschlages in New York am 11. September war, fließend Deutsch sprach. Die Schlussfolgerung lautet: Es ist ein Kardinalfehler, die Integration auf die Sprache zu reduzieren und die Werte-Problematik außer Acht zu lassen.

IV: OHNE LEITKULTUR ALS WERTE-ORIENTIERUNG KEINE INTEGRATION

Wo Werte-Beliebigkeit herrscht, wird keine Leitkultur zugelassen, und daraus resultiert wiederum die Unfähigkeit der Aufnahme-gesellschaft, Muslime und andere Migranten zu integrieren; ihnen werden keine Leitbilder vermittelt. Als Professor weiß ich, dass auch die Mehrheit meiner deutschen Studenten solche Leitbilder nicht hat. Mit meinem Konzept der europäischen Leitkultur will ich die Multi-Kulti-Werte-Beliebigkeit überwinden und eine Werte-Orientierung auch für die Deutschen vorschlagen. Die Deutschen können diesbezüglich von anderen westlichen Ländern lernen, dass Werte-Beliebigkeit das Gemeinwesen destabilisiert. Gute Beispiele sind vorrangig die USA und Australien, die Maßstäbe für eine Einwanderungspolitik setzen. Besonders nach den Ereignissen vom 11. September 2001 und des 11. März 2004 benötigen wir vor allem ein Recht, dass eine Auswahl der Migranten und die Bindung der Migration an eine institutionelle Prozedur unter Bewahrung der Interessen des Landes zulässt.

Nicht alle wissen, dass der Multikulturalismus und seine Werte-Beliebigkeit keine deutschen Erscheinungen sind, weil sie ursprünglich aus den USA kommen. Doch nach dem 11. September sind dort eine Reihe von neuen Gesetzen und Verwaltungsvorschriften zur weiteren Regelung der Immigration erlassen worden. Zwar war es auch früher schon so, dass nicht jeder, der in die USA immigrieren wollte, auch aufgenommen

wurde, denn für die Migration bestehen regulierende Prozeduren. Eine solche gesteuerte Migration nenne ich in meinem Buch „Islamische Zuwanderung“ Einwanderung, im Gegensatz zur Zuwanderung, die ungesteuert ist. Zusätzlich zu dieser Art der Regulierung der Migration wird jetzt in den USA versucht, die Akzeptanz von Demokratie, also eine demokratische Orientierung als Leitkultur, und eine Offenheit, im Sinne des kulturellen und religiösen Pluralismus, verbindlich zu machen. Außerdem werden sicherheitspolitische Überlegungen in die Einwanderungspolitik miteinbezogen.

Die USA bieten nicht immer Leitbilder. Leider wird dort momentan eine Überstrenge in der Einwanderungspolitik praktiziert. Einerseits ist es richtig, dass es für Jihad-Islamisten nicht möglich gemacht wird als Flüchtlinge einzusickern, aber andererseits dürfen demokratische Regeln nicht verletzt werden. Im Gegensatz zu den USA kommen Jihadisten ungehindert nach Europa, wo jeder politische Flüchtling, unabhängig von seiner politischen Gesinnung, Aufnahme findet, auch wenn er Jihadist ist. Zwei Jihadisten wurden sogar von Hamburger Gerichten freigesprochen. Es entstehen zurzeit große Sicherheitsrisiken. Deutschland ist prominent dadurch, dass etwa die Spuren von Djerba und die des 11. März 2004 unter anderem nach Deutschland führten. Wenn Islamisten weiterhin zugelassen werden und diese entsprechenden Einfluss gewinnen, wird nicht nur die Integration, sondern auch die Sicherheit des Landes gefährdet. Deshalb ist eine klare Werte-Orientierung für Europa als Leitkultur vonnöten. Darunter verstehe ich eine der Integration von Migranten dienende Werte-Orientierung, die jede Gesellschaft benötigt. Leitkultur ist europäisch und sie steht genau im Gegensatz zum Begriff der Werte-Beliebigkeit. Um den Migranten klarzumachen, dass nicht jeder nach seinem eigenen Belieben unter Rückgriff auf seine Zugehörigkeit zu einer fremden Kultur handeln kann, hoffe ich heute sowohl nach dem 11. September als auch nach dem 11. März auf eine Neuaufnahme der Leitkultur-orientierten Migrationsdebatte, auch aus Anlass des anstehenden Zuwanderungsgesetzes. Dies habe ich in meinem Buch „Islamische Zuwanderung“ bereits dargelegt, worin ich zeige, dass die Terroristen vom 11. September sich in Deutschland frei bewegen konnten. Ich habe bereits angeführt, dass deutsche Gerichte sogar, trotz Beweisen, zwei Jihadisten, die in Bin-Laden-Camps in Afghanistan ausgebildet wurden,

Es ist ein Kardinalfehler, die Integration auf die Sprache zu reduzieren und die Werte-Problematik außer Acht zu lassen.

freigesprochen haben. Die europäische Zivilisation muss zu ihren demokratischen und liberalen Werten als Orientierung stehen, um in der Lage zu sein, Migranten aus nicht-westlichen Zivilisationen eine Leitkultur der Integration zu bieten und hierbei die offene Gesellschaft gegen Gefahren zu verteidigen. Wenn diese nicht verteidigt und geschützt wird, geht sie unter.

Einer europäischen Leitkultur liegen die nun folgenden fünf zentralen europäischen Werte-Komplexe zugrunde: Trennung von Religion und Politik, säkulare Demokratie, individuelle Menschenrechte, religiöser und kultureller Pluralismus und Zivilgesellschaft. Diese Werte müssen für alle Menschen, die in Europa leben, als Leitkultur der Integration verbindlich und nicht bloß optional sein.

V. WELCHE LEITKULTUR?

Diesen Artikel abschließend stelle ich fest, dass es heute auch in Europa einen Wettbewerb der Werte gibt. Diejenigen Europäer, die bei diesem Wettkampf keine Leitkultur haben wollen, sollten bedenken, dass die Zuwanderer, vor allem die islamischen Migranten, dann ihre eigene Leitkultur als Alternative anbieten. Das heißt, dass die europäischen Werte durch islamische, also durch die Gottesgesetze der Schari'a ersetzt werden. Das ist natürlich nicht die Leitkultur der Mehrheit aller Muslime, aber die Schari'a bzw. der orthodoxe Islam bilden doch die Orientierung des organisierten Islam in Deutschland mit einer Vision der Islamisierung. Die Frage ist also nicht, ob eine oder keine Leitkultur, sondern welche? Wer sich mit den Gottesgesetzen der Schari'a befasst und sie mit dem Grundgesetz vergleicht, der wird leicht finden können, dass beide sich zueinander wie „Feuer und Wasser“ verhalten. Als Muslim trete ich zwar für die Aufnahme des Islam als dritte Religion in Europa ein, möchte diese aber eindeutig in einen europäischen Rahmen eingeordnet, das heißt als Euro-Islam reformiert, sehen. In einer offenen Gesellschaft kann es keinen Platz für einen Schari'a- und Djiha-Islam wohl aber für einen zivilen Islam geben. Ein europäischer Islam setzt sich von Schari'a und Djiha durch eine europäische Leitkultur ab. Nochmals: Will man dies nicht, öffnet man der Schari'a Tür und Tor und lässt die Islamisten durch die Hintertür der Werte-Beliebigkeit, die alles im Namen falscher Toleranz zulässt, hinein. Das ist eine Toleranz der Intoleranz. Wer anders denkt, riskiert den Vorwurf des „Rassismus“. Man staunt, wenn Islamisten westliche Werte als „Rassismus“ inkriminieren und zurückwei-

sen, sich aber parallel auf sie berufen, um ihre Aktivitäten zu schützen. Demokratie und Zivilgesellschaft sind aber das Gegenteil zum Rassismus, und sie lassen sich durch eine falsche Toleranz nicht verteidigen.

Das Fehlen einer gesteuerten Einwanderung, gepaart mit Werte-Beliebigkeit, trägt dazu bei, dass Parallelgesellschaften mit eigener Weltanschauung entstehen, die für die Demokratie langfristig eine Gefahr sind, weil sie die Trennung von Religion und Politik nicht bejahen, und auch die anderen Werte des Gemeinwesens nicht akzeptieren; gleichzeitig wird die Zurückweisung der europäischen Werte durch islamische Zuwanderer als Identitätsbewahrung "tolerant" interpretiert. Das ist eine falsch verstandene Toleranz.

Wenn Leitkultur durch Werte-Beliebigkeit ersetzt wird, ist eine Balkanisierung des Gemeinwesens nicht aufzuhalten. In diesem Rahmen kommt es zum Verlust der eigenen zivilisatorischen Identität Europas und dabei entstehen entsprechende Konfliktpotentiale bzw. es fehlt die Anerkennung der Regeln, die zu ihrer Bewältigung erforderlich sind. Daher argumentiere ich, dass sich Parallelgesellschaften und ein demokratisches Gemeinwesen nicht vertragen. Hinzu kommt das Sicherheitsrisiko der Balkanisierung, die bereits unübersehbar ist. Die multikulturell legitimierten Parallelgesellschaften sind keine Idylle, sie gefährden den inneren Frieden einer Gesellschaft und schließen jede Integration der islamischen Zuwanderer aus.

Als Resümee kann am Ende festgehalten werden, dass Integration weit mehr als ein Angebot eines Passes und eines Sprachkurses ist. Integration, Sicherheitspolitik und eine zivilgesellschaftliche Leitkultur gehören so zueinander, wie Demokratie, Menschenrechte und Säkularität eine untrennbare Werte-Orientierung bieten. Dies muss der normative Rahmen für ein Einwanderungsgesetz und eine daran orientierte Politik sein; beide müssen von einem bereits allgemeingültigen Konsens getragen werden.

Prof. Dr. Bassam Tibi lehrt Internationale Beziehungen in Göttingen und ist Autor des in zwei Auflagen erschienenen Buches „Islamische Zuwanderung. Die gescheiterte Integration“ (DVA 2002). Jüngst erschien von ihm „Der neue Totalitarismus. Heiliger Krieg und westliche Sicherheit“ (Primus, 2004). Seit 1. Juli 2004 ist Prof. Tibi White Professor-at-Large an der amerikanischen Elite-Hochschule Cornell University.

Diejenigen Europäer, die bei diesem Wettkampf keine Leitkultur haben wollen, sollten bedenken, dass die Zuwanderer, vor allem die islamischen Migranten, dann ihre eigene Leitkultur als Alternative anbieten.



„Aufgeklärter Islam?“ – Zur Analyse einer westlichen Illusion

Dr. Gottfried Mehnert

Ist es reale Möglichkeit, oder ist es nur westliches Wunschdenken, wenn

Politiker, Journalisten, Publizisten, Kirchenvertreter und Hobby-Orientalisten fordern oder erwarten, dass sich der Islam in seinen vielfältigen Ausprägungen zu einer religiösen Lebens- und Verhaltensform entwickelt, die mit der westlichen, europäisch-amerikanischen politischen, rechtlichen, sozialen Kultur verträglich ist? Die Erfahrung mit dem real existierenden Islam sowohl in den sich selbst als islamisch definierenden Staaten als auch in den Gebieten, in denen er in der Diaspora existiert, ruft immer wieder die These hervor, der Islam müsse eine „Aufklärung“ erfahren, wie sie das Europa des 18. Jahrhunderts durchlaufen hat, mit der Folge einer säkularisierten Kultur und Gesellschaft. Nur so sei der Konflikt mit der westlichen Zivilisation schließlich vermeidbar.

Das Denkschema, das hinter dieser Vorstellung steht, orientiert sich an europäischen Rechts- und Verfassungsvorstellungen, an den Prinzipien der Demokratie und an der Idee der Menschenrechte im Sinne der unveräußerlichen Rechte jedes einzelnen Menschen. In dieser Perspektive wird auf den real existierenden Islam die Wunschvorstellung eines „liberalen“ Islam übertragen, der im Verhältnis zum „orthodoxen“ traditionalistischen Islam veränderungsfähig, weil veränderungswillig sein soll.

Das Problem war solange für Europa und speziell für Deutschland unbedeutend, als es keine zahlenmäßig bedeutende islamische Bevölkerung gab, was heute nicht mehr der Fall ist. Es gibt in Europa heute große moslemische Populationen, die ihre Identität zu wahren und zu behaupten suchen. Ist es realistisch zu erwarten oder gar ihnen zuzumuten, dass diese Moslems sich zu einem „Euro-Islam“ in Analogie zu den weitgehend liberalen christlichen Kirchen entwickeln?

Das Problem ist für westliches Denken neu, es ist aber nicht neu für den Islam. Ende

1930 hat der Dichter, Philosoph und Politiker Muhammad Iqbal (1873-1938), der geistige Vater der Islamischen Republik Pakistan, in seiner berühmten „Pakistanrede“ vor der All India Muslim League¹ die Frage gestellt: „Ist es möglich, den Islam als ethisches Ideal beizubehalten und ihn als Regierungsform zugunsten nationaler Herrschaftsformen, in denen die religiöse Haltung keinerlei Rolle spielen darf, aufzugeben?“ In heutiger Begrifflichkeit ausgedrückt: Ist es möglich, islamische Identität in einem säkularisierten, religiös neutralen, laizistischen Staat zu leben? Die Antwort, die Iqbal darauf gegeben hat, war ein eindeutiges „Nein“. Er sieht den Islam „als ein ethisches Ideal plus einer gewissen Art von Regierungsform“, womit er „eine soziale Struktur“ meint, „die von einem Rechtssystem reguliert und von einem bestimmten ethischen Ideal beseelt wird“². Im Unterschied zum Christentum, das, wie Iqbal völlig zutreffend feststellt³, keine mit ihm unmittelbar verbundene Herrschaftsform kennt, kennt der Islam im Prinzip keine Trennung von Religion und Staat, sondern beide sind im Islam „organisch miteinander verbunden“⁴: „Das religiöse Ideal des Islam ist ... organisch mit der sozialen Ordnung verbunden, die er geschaffen hat. Die Ablehnung des einen muss am Ende auch zur Ablehnung des anderen führen. Deshalb ist die Herrschaftsform auf nationaler Ebene – falls sie eine Abschaffung des islamischen Prinzips der Solidarität bedeutet – für den Muslim einfach undenkbar.“⁵

Die Konsequenz dieses Prinzips läuft darauf hinaus, dass die Existenz islamischen Lebens letztlich nur in einem islamischen Gemeinwesen Bestand haben kann. Für Muhammad Iqbal bedeutete dies die Schaffung eines eigenen autonomen Staates für die Muslime Indiens, der 17 Jahre nach der „Pakistanrede“ als islamischer Staat Pakistan entstand. Es ist deshalb völlig verfehlt, den Islam in Analogie zu den christlichen Kirchen zu sehen. Nichts beweist dies treffender als die folgende Passage aus Iqbals „Pakistanrede“:

„Die Wahrheit ist, dass Islam keine Kirche ist. Er ist ein Staat, als kontraktueller Organismus begriffen, lange bevor Rousseau überhaupt so etwas denken konnte, und von einem ethischen Ideal belebt, das den Menschen nicht als ein erdverwurzeltes Geschöpf betrachtet, das durch diesen oder jenen Teil Erde definiert ist, sondern als geistiges Wesen, das innerhalb eines sozialen Mechanismus zu verstehen ist und das Rechte und Pflichten in diesem Mechanismus besitzt...“⁶

„Ist es reale Möglichkeit, oder ist es nur westliches Wunschdenken?“

Muhammad Iqbal, der als Rechtsanwalt, Dichter und Philosoph im indischen Lahore gelebt hat, war kein „Islamist“ nach heutigem Verständnis, er repräsentierte die islamische Renaissance des 19./20. Jahrhunderts wie seine älteren arabischen Zeitgenossen Jamal al-Din al-Afghani (1839–1897) und Muhammad 'Abduh (1849–1905)⁷. Er war westlich gebildet, hatte in den Jahren 1905–1908 Philosophie und Jura in Cambridge, München und Heidelberg studiert und strebte nach einer Verbindung der islamischen Tradition mit dem modernen europäischen Denken, jedoch mit dem Willen zur Selbstbehauptung und Erneuerung des Islam unter den modernen Bedingungen. Dafür aber war ihm Europa, so wie er es in seiner Geschichte und seinem Erscheinungsbild wahrnahm, keineswegs ein Vorbild, sondern vielmehr ein abschreckendes Beispiel.

Das Europabild Iqbals ist geprägt von dem Erscheinungsbild Europas vom Anfang des 20. Jahrhunderts bis 1938. Dieses Europabild ist zudem bestimmt durch Iqbals Auffassung vom Christentum und seiner Geschichte. Ausgesprochen kritisch beurteilt er, dass sich junge Leute in islamischen Ländern von den Idealen des europäischen politischen Denkens inspirieren ließen, „ohne aber die Fakten kritisch zu begreifen, welche ihre Entwicklung in Europa bestimmt haben“⁸. In der Perspektive Iqbals ist das Erscheinungsbild Europas geprägt von national staatlicher Pluralität und Rivalität, von „Herrschaftssystemen, die auf nationaler Linie entwickelt sind, d.h. auf Grundlinien, die das Territorium als das einzige Prinzip politischer Solidarität anerkennen“. Dem Christentum misst Iqbal dabei keine Bedeutung zu, weil es „keine mit dem Christentum unmittelbar verbundene Herrschaftsform“ gibt, da dieses völlig auf das Jenseits ausgerichtet sei. So schlussfolgert Iqbal:

„Wenn man mit dem Konzept von Religion als völliger Jenseitigkeit beginnt, dann ist das, was dem Christentum in Europa passiert, völlig natürlich: die universelle Ethik Jesu ist durch nationale ethische und politische Systeme ersetzt. Der Schluss, zu dem Europa in folgedessen getrieben wird, ist, dass Religion eine Privatangelegenheit ist und nichts mit dem zu tun hat, was man das zeitliche Leben des Menschen nennt.“⁹

Dieses Urteil über Europa und das Christentum ist bedingt durch die Sicht eines Moslems, für den Islam eine universelle Einheit von Religion und Herrschaftsform bedeutet:

„Der Islam spaltet nicht die Einheit des Menschen in eine unversöhnliche Zweiheit von Geist und Materie. Im Islam sind Gott und das Universum, Geist und Materie, Kirche und Staat organisch miteinander verbunden. Der Mensch ist nicht Bürger einer profanen Welt, die man 'im Interesse einer irgendwo anders gelegenen Welt des Geistes aufgeben müsste.“

Wenn Iqbal meinte, dass die „besten Denker“ in Europa diesen Dualismus für einen Fehler hielten, während die „Staatsmänner“ an diesem „Dogma“ festhielten, muss man wissen, um welche Denker es sich handelt. Es dürfte höchst aufschlussreich sein, dass Iqbal schon 1917 in Friedrich Nietzsche eine Geistesverwandtschaft zu islamischen Denkern wie Dschelaleddin Rumi sah. Ihm schienen „diese beiden großen Dichter-Philosophen in völliger Übereinstimmung zu sein“. „Nietzsche sah die Dekadenz des Menschentyps rings um ihn, enthüllte die feinen Kräfte, die dahingewirkt hatten und versuchte schließlich den Lebensstyp zu skizzieren, welcher der Aufgabe auf unserem Planeten angemessen ist.“ Bei Rumi könne man sehen, „mit welcher unbeirrbareren Einsicht er die fressende Krankheit seiner Gesellschaft beschrieb und den idealen Typ der muslimischen Mannheit suggerierte!“¹⁰

In der „Pakistanrede“ vom 29. Dezember 1930 charakterisierte er Europa als „eine Anzahl von Staaten, die schlecht miteinander auskommen und von nicht menschlichen, sondern nationalen Interessen beherrscht sind“, die nun allerdings „die Notwendigkeit zu einem geeinten Europa“ fühlten, und er fügt erklärend hinzu: „d.h. die Notwendigkeit zu einer Einheit, welche die christliche Kirchenorganisation ihnen ursprünglich gegeben hatte, welche sie jedoch, statt sie im Lichte von Christi Botschaft von der menschlichen Brüderschaft wiederaufzubauen, unter der Inspiration Luthers zu zerstören für richtig gehalten haben. Ein Luther in der Welt des Islam aber ist ein unmögliches Phänomen; denn hier gibt es keine dem mittelalterlichen Christentum ähnliche Kirchenorganisation, die nach einem Zerstörer ruft. In der Welt des Islam haben wir eine universelle Herrschaftsform, deren Grundlagen, wie wir glauben, offenbart sind...“¹¹

Es ist unverkennbar, dass das Geschichtsdenken Iqbals zwar erscheinungsbildlich gesehen manche zutreffende Zustandsbeschreibung enthält, ebenso unverkennbar aber ist es, dass deren Interpretation und Deutung dem

Ein Luther in der Welt des Islam aber ist ein unmögliches Phänomen.

Selbstverständnis europäischen Denkens und Bewusstseins nicht entspricht. Eine offene demokratische Gesellschaft ist in der Sicht Iqbal für den Islam nicht akzeptabel. In der „Pakistanrede“ betonte er, dass für die Lösung des Problems der Koexistenz von Islam und Hinduismus in Indien „das Prinzip europäischer Demokratie“ nicht angewandt werden könnte, da für die Muslime nur ein eigener muslimischer Staat in Betracht käme¹². Die innere Logik dieser Überzeugung liegt auf der Hand. Es ist eine nicht beantwortete Frage, ob für den Islam überhaupt die westlich-liberale Demokratie als politische Organisationsform annehmbar ist. Zur Beantwortung dieser Frage sollte das Gedicht Iqbal mit dem Titel „Rat Satans an seinen politischen Nachwuchs“ bedacht werden, in dem es heisst¹³:

Es ist eine nicht beantwortete Frage, ob für den Islam überhaupt die westlich-liberale Demokratie als politische Organisationsform annehmbar ist.

...
Den Arabern gib westliche Ideen,
Treib den Islam aus von Arabiens Strand;
Noch sind Afghanen äußerst glaubenseifrig –
Treib dort die Mollas fort aus Berg und Sand!
Raub den Mekkanern ihre Traditionen,
Treib fort das Moschusreh aus Samarkand!
...

Was hier in poetischer Sprache zur Ausdruck kommt, ist eine Mentalität, die sich bis in die Gegenwart in harter politischer Realität manifestiert. Die entschiedene Abweisung „westlicher Ideen“ ist nicht nur Iqbal Position gewesen, sie dürfte auch gegenwärtig bei maßgeblichen Repräsentanten islamischen Denkens vorherrschen, wenn man einmal absieht von denjenigen „islamischen“ Gelehrten, die aus freien Stücken oder gezwungen in nichtislamischen westlichen liberalen und demokratischen Gesellschaften leben und an westlichen Hochschulen lehren.

Für Muhammad Iqbal war Demokratie als „westliche Idee“ eine für Moslems nicht akzeptable Staatsform. Sie war, wie Iqbal 1938 sagte, eine Maske, mit der die Tyrannei des Imperialismus ihr Gesicht bedeckt¹⁴. Schon 1909 hat Iqbal in einem Aufsatz „Der Islam als moralisches und politisches Ideal“,¹⁵ gesagt, daß fundamentale Voraussetzungen für muslimische Institutionen seien: erstens „Der absolute Herrschaftsanspruch des göttlichen Gesetzes“ und zweitens „Die absolute Gleichheit aller Mitglieder der Gesellschaft“¹⁶. Für Iqbal ist Islam eine nicht in sich differenzierbare Einheit, und er verdammt „diese verfluchte religiöse und soziale Sektiererei“ ausdrücklich „im Namen

dessen, der den Menschen die endgültige Botschaft von Freiheit und Gleichheit gebracht hat“¹⁷. Die bekannte Differenzierung nach Schulen und Richtungen im Islam war für Iqbal eine Art Sektierertum. Wörtlich heisst es bei ihm:

„Der Islam ist einer und unteilbar, er birgt keine Unterschiede in sich. Es gibt keine Wahabiten, Schiiten oder Sunniten im Islam. Kämpft nicht für Interpretationen, wenn die Wahrheit in Gefahr ist!“

Die grundlegende Intention des Islams ist nach dem Verständnis Iqbal global definiert, der Islam hat eine Weltmission: „Das Werk, die Menschheit vom Aberglauben zu befreien“. Dabei sollte nicht übersehen werden, wie eng im Islam Glaube und Lebenspraxis, Religion und Politik, Gottesvorstellung und Staat miteinander verbunden sind. Hierin tritt letztlich die tiefste religiöse Differenz zutage, die Iqbal in die Worte gefasst hat: „Das Christentum beschreibt Gott als Liebe, den Islam als Macht... Ich finde, dass Gott sich in der Geschichte mehr als Macht denn als Liebe offenbart“¹⁸.

Dr. Mehnert ist Pfarrer im Ruhestand und Publizist. Er ist Vorsitzende des EAK im CDU-Kreisverband Marburg-Biedenkopf. Von 1974 – 1988 war er Mitglied des Bundesvorstandes des EAK.

¹ In: Muhammad Iqbal, Persischer Psalter. Ausgewählt und übersetzt von Annemarie Schimmel, Köln 1968, S. 141-154, das folgende Zitat S. 147

² A.a.O. S. 142

³ A.a.O. S. 143

⁴ A.a.O. S. 144

⁵ A.a.O. S. 148

⁶ A.a.O. S. 153

⁷ Über beide: Albert Hourani, Arabic Thought in the Liberal Age 1789-1939, London, New York, Toronto 1967, S. 103ff bzw. 130ff.

⁸ So in der „Pakistanrede“ a.a.O. S. 143f, auch zum Folgenden.

⁹ A.a.O. S. 144

¹⁰ A.a.O. S. 61f. Vgl. auch S. 84f und S. 116

¹¹ A.a.O. S. 145

¹² A.a.O. S. 151

¹³ A.a.O. S. 176f.

¹⁴ A.a.O. S. 178: Neujahrsbotschaft 1938 in Radio Lahore

¹⁵ A.a.O. S. 57f, aus Hindustan Review XX, July-Dec. 1909

¹⁶ A.a.O. S. 57

¹⁷ A.a.O. S. 59, dort auch die folgenden Zitate

¹⁸ A.a.O. S. 35

Evangelisches Leserforum

Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens. Gewaltsame Konflikte und zivile Intervention an Beispielen aus Afrika – Herausforderungen auch für kirchliches Handeln.

EKD-TEXTE 72, hrsg. vom Kirchenamt der EKD, Hannover 2002, 58 Seiten.

Humanitäre Katastrophe in Darfur im Westsudan nach brutaler Vertreibung schwarzafrikanischer Stämme durch arabische Reitermilizen im Regierungsauftrag; Krieg verschiedener Milizen im rohstoffreichen Nordosten des Kongo; neue Kriegsgefahr zwischen Ruanda und dem Kongo – und so weiter. Fast nur schlechte Nachrichten kommen aus Afrika. Ist der „schwarze Kontinent“ ein hoffnungsloser Fall geworden?

Die Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) für Entwicklung und Umwelt hat vor zwei Jahren eine herausragende Studie veröffentlicht; sie beschäftigt sich mit gewaltsamen Konflikten in Afrika und den Möglichkeiten ziviler Intervention. Ihr Titel: Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens. Da diese Studie auch in der kirchlichen Öffentlichkeit weithin unbekannt geblieben ist und sie sich auch mit dem jahrzehntealten Nord-Süd-Konflikt im Sudan beschäftigt, soll sie als Orientierungshilfe vorgestellt werden. Die Fragestellung: „Welche Schritte können wir tun, als Kirchen, ... um eine gewaltsame Austragung von Konflikten zu vermeiden, zu Ihrer Beilegung beizutragen und verfeindete Parteien zu versöhnen?“ (S. 5 Vorw.)

Dieses neue Arbeitspapier knüpft an die grundlegende friedensethische Ausarbeitung der EKD von 1994 „Schritte auf dem Weg des Friedens“ an. Darin wurde das Grundmodell des „gerechten Friedens“ entwickelt.

Die Verf. beschäftigen sich intensiv mit der Dynamik der „neuen Kriege“ in Afrika, die

überwiegend aus innerstaatlichen gewaltsamen Konflikten bestehen; in ihnen vermischen sich Kriminalität und Bürgerkrieg, religiöse und ethnische Kämpfe. Die Folgen sind tief gespaltene Gemeinschaften, zerstörte soziale und wirtschaftliche Strukturen, was Kriegsunternehmer aber nicht hindert, durch Ausbeutung kostbarer Bodenschätze (z.B. Diamanten im Kongo) vortrefflich zu verdienen. Afrikaner sind viel stärker als Europäer in ihre Gemeinschaften eingebunden. Deshalb können sie auch leichter von ihren Führern und Clanchefs gegen vermeintliche Feinde ihrer

Gemeinschaft aufgehetzt werden. Religiöse oder ethnische Bindungen würden dabei, so die Studie, für andere, nämlich politische und wirtschaftliche Interessen propagandistisch missbraucht werden. In den meisten schwarzafrikanischen Staaten sei nation-building nach der politischen Unabhängigkeit gescheitert. Geblieben sei den Menschen als persönliche Identität ihre Gemeinschaft und ihre Religion.

Ungeschminkt weist die Studie auf die Korruption der afrikanischen Eliten hin, die nur ihre eigenen Interessen bedienen, kein

Gemeinwohlinteresse zeigten und deshalb ihre Autorität verloren hätten. Ein Wiederaufbau kriegszerstörter Gesellschaften ist nur, so die Studie, „in langfristigen Transformationsprozessen“ möglich.

Sehr selbstkritisch sieht sie die Möglichkeiten kirchlicher Hilfe von außen: „Sowohl Nothilfe als auch Entwicklungszusammenarbeit in Situationen von Krieg und gewaltsamen Konflikten muss kontinuierlich überprüfen, inwieweit ihr Handeln gewaltminimierend oder gewaltverschärfend wirkt.“ (S.33) Dieses Problem stellte sich in den zurückliegenden Jahren im Sudan, als humanitäre Hilfe erst zu den Bedürftigen gelangen konnte, nachdem Milizen Teile der Hilfslieferungen für sich abgezweigt hatten. Wer die Gewaltmärkte in Afrika austrocknen wolle, müsse auch die mitbeteiligten internationalen Akteure ins Auge fassen, die Nachbarländer und die Industriestaaten, die z.B. Kleinwaffen verkaufen und aus dem Kongo illegal Diamanten bezie-



hen. Die Erdöleinnahmen im südlichen Sudan ermöglichen der Regierung, ihren Kampf gegen Aufständische zu finanzieren.

Die Studie zeigt auf, dass die Kirchen vor Ort immer wieder versuchen, „lokale Möglichkeiten zu Frieden“ zu nutzen. „Der Beitrag der lokalen Kirchen zu Frieden und Entwicklung hängt entscheidend ab von den Kenntnissen und Einstellungen, der theologischen Bildung und der Friedensbereitschaft und -fähigkeit der Personen, die diese Kirchen und Christenräte leiten.“ (S. 42) Deshalb seien Kontakte mit Partnerkirchen der Ökumene sehr wichtig, um gegebenenfalls konfliktverschärfende, nationalistische Denkweisen einzelner Kirchen bearbeiten zu können.

Die Besonderheit dieses Arbeitspapiers besteht darin, dass es in bewundernswerter Offenheit und Bescheidenheit die kirchlichen Interventionsmöglichkeiten und ihre Grenzen beschreibt. Friede könne man von außen nicht erzwingen; man könne den Konfliktbeteiligten nur Hilfe zu seiner Anbahnung leisten. Das schließt Erfolglosigkeit ein. Diese Einsichten gelten auch in Afghanistan und auf dem Balkan.

Gerhard Arnold ist Theologe und Publizist.

Den EKD-Text 72 finden Sie auch unter www.ekd.de

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU



Pressemitteilung vom 12. 08. 04

Europäisches und weltweites Klonverbot ist oberstes Gebot

Vor dem Hintergrund der Meldungen über die erste Genehmigung des therapeutischen Klonens in Europa für das „Centre for Life“ der Universität Newcastle (Großbritannien) erklärt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Thomas Rachel MdB:

„Dass in Großbritannien nun offensichtlich der Startschuss zum therapeutischen Klonen beim Menschen gefallen ist, stellt einen zutiefst bestürzenden ethischen Dammbbruch im europäischen Kontext dar. Die britische Klonegenehmigung ist nicht nur als ein fatales Signal für das Zusammenwachsen der Europäischen Union als Wertegemeinschaft zu betrachten, sondern auch als schwerer Rückschlag für die weltweiten Bemühungen um den konsequenten Schutz des Lebens und der Würde des Menschen.“

Wenn sich die Briten anschicken, nach dem Vorbild der Südkoreaner, menschliche embryonale Stammzellen zur medizinischen Grundlagenforschung zu erstellen, ist hier die entscheidende Grenzüberschreitung zur völligen Verzwecklichung und Instrumentalisierung des Menschen vollzogen.

Es ist zutiefst empörend, dass menschliches Leben eigens zu Forschungszwecken erzeugt und vernichtet werden soll. Dies widerspricht in eindeutiger Weise nicht nur grundlegend dem christlichen Menschenbild, sondern fällt auch noch hinter die aufklärerischen und humanistischen Traditionen Europas zurück, wie sie etwa von Immanuel Kant formuliert worden sind. Der Weg des therapeutischen Klonens ist und bleibt als ein Irrweg eines die Menschenwürde antastenden Forschens zu werten und darf darum weder im Namen der Forschungsfreiheit vorgenommen noch mit dem Pathos der hehren Krankheitsbekämpfung gerechtfertigt werden.

Europa steht jetzt ethisch am Scheidewege. Die Bundesregierung und die Oppositionsparteien sind dazu aufgerufen, mit vereinten Kräften alle politischen Hebel in Bewegung zu setzen, eine Sanktionierung aller Formen des Klonens in Europa und weltweit tatkräftig durchzusetzen.“

Aus unserer Arbeit

Bundesvorstand des EAK der CDU/CSU besuchte das „Zentrum Lehrter Straße“

Unter der Leitung des Bundesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), **Thomas Rachel** **MdB**, sowie der stellvertretenden Vorsitzenden, **Christine Lieberknecht** **MdL**, fand die EAK-Bundesvorstandssitzung des Monats August im „Zentrum Lehrter Straße“ der Berliner Stadtmission (Lehrter Str. 68) statt.

Stadtmissionsdirektor, **Pfarrer Hans-Georg Filker**, berichtete den Bundesvorstandsmitgliedern von der Erfolgsgeschichte dieses wegweisenden diakonischen Projektes und führte anschließend über das insgesamt 20.000 qm große Areal zwischen „Knast und Kanzleramt“. Im Herzen der Hauptstadt, am zukünftiger Berliner Hauptbahnhof gelegen, schafft die Berliner Stadtmission einen Ort der Begegnung, an dem Glauben und Handeln eine untrennbare Einheit bilden sollen.

Dazu gehören in der parkähnlichen Anlage unter anderem ein **Tagungsbereich**, ein **Jugendgästehaus** und eine **Krankenstation** mit angeschlossenem **Übergangshaus** für wohnungslose Menschen. Die Krankenstation nimmt Menschen auf, die von der Straße kommen und medizinische Versorgung und sozialpädagogische Betreuung benötigen. Das Übergangshaus bietet wohnungslosen Männern eine vorübergehende Unterbringung, bei der den Bewohnern eine intensive und kontinuierliche Hilfe bei Problemen geboten wird. **„Drinnen und Draußen“** hilft Straffälligen, nach Gefängnisaufenthalten wieder einen selbstverantwortlichen Alltag und einen Sinn im Leben zu finden. Engagierte



Stadtmissionsdirektor, Pfarrer Hans-Georg Filker (8. v. links), führte den Bundesvorstand des EAK über das Gelände des „Zentrum Lehrter Straße“.

Menschen können bei dem Projekt **„Berlin bei Nacht“** mitarbeiten und gegen Kost und Logis einen Einblick in die Arbeit der Kältehilfe der Berliner Stadtmission erhalten. Das **Computerkabinett**, das durch eine Sachspende realisiert wurde, bietet wohnungslosen Menschen und Bewohnern der Stadtmissionsprojekte die Chance, sich im Umgang mit der neuen Technik zu üben. Eine besondere Attraktion soll die Freundeslounge werden, die Christen von nah und fern in der Hauptstadt eine erste Anlaufstelle bieten soll.

Insgesamt zeigten sich die anwesenden Mitglieder des EAK-Bundesvorstandes beeindruckt von dem ehrgeizigen Projekt, denn gerade in Zeiten knapper Kassenlage setzt das „Zentrum Lehrter Straße“ ein deutliches Hoffnungszeichen tätiger christlicher Nächstenliebe für viele bedürftige Menschen. Hier vereinen sich – in wahrhaft diakonischem Geiste – konkretes Hilfehandeln und verantwortliche geistliche Haushalterschaft. Das Projekt finanziert sich über Spenden und benötigt dringend Unterstützung. Weitere Informationen finden Sie unter: www.zentrum-lehrter-strasse.de.

EAK-Berlin und Brandenburg: Stammzellenforschung zwischen Fluch und Segen

Sind Menschen machbar? Mit dieser Eingangsfrage kann kurz und prägnant die Problemstellung formuliert werden, mit der die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Bundesvorsitzende der Frauen Union, **Frau Prof. Dr. Maria Böhmer**, die aktuelle Diskussionsveranstaltung im Berliner Abgeordnetenhaus gestaltete. In Großbritannien wurde im August des Jahres ein Forschungsprojekt zum therapeutischen Klonen menschlicher Embryonen zugelassen. Für die angestrebten Forschungsergebnisse müssen Embryonen zunächst erzeugt und dann getötet werden. Diese ethische Grenzüberschreitung hat für Empörung gesorgt, weil damit die Grundfesten unseres Verständnisses vom Menschen erschüttert werden.

Zum Einstieg in das Referat erläuterte Frau Prof. Böhmer ein Schaubild des Biotechnikers Rudolf Jähnichen von der Boston University. Denn wer eine ethi-



Prof. Dr. Maria Böhmer mit der stellv. Vorsitzenden des EAK-Berlin und Brandenburg, Silke Adam (links), und der Beisitzerin, Tamara Zieschang (rechts).

sche Position beziehen will und muss, sollte wissen, was naturwissenschaftlich vor sich geht. Diese Herangehensweise führe zur Versachlichung der Diskussion.

Obwohl in Deutschland bereits seit 1991 jedwedem Klonen verboten ist und der Deutsche Bundestag in einem fraktionsübergreifenden Beschluss die Forschung an embryonalen Stammzellen für vor dem 1. Januar 2002 gewonnene Stammzellen nur im Rahmen von Grundlagenforschung in Deutschland zugelassen hat, gebe es immer wieder Vorstöße, die „verbrauchende“ Embryonenforschung auch für neue Stammzelllinien zuzulassen. Die Hoffnung auf Heilung bislang unbesiegbarer Krankheiten wie Diabetes, Krebs oder Alzheimer führe bei den Befürwortern zu einer Abwägung zwischen dem im Werden begriffenen Leben des Embryos und einer möglichen Heilungschance. Menschliches Leben würde so nach Ansicht von Frau Prof. Böhmer zur Disposition gestellt. Es würde verfügbar. Das Lebensrecht des Einzelnen gelte nicht mehr, wenn vermeintlich höherrangige Ziele dies

erfordern. Die in Aussicht gestellten Forschungsergebnisse seien Zukunftsmusik. Ob sie jemals zu einer neuen medizinischen Therapie führten, sei mehr als fraglich. Bei der Diskussion über das therapeutische Klonen gerate aus dem Blick, dass es andere aussichtsreichere Wege gebe, etwa die Forschung an adulten Stammzellen. Der Ausbau der adulten Stammzellforschung in Deutschland müsse stärker finanziell gefördert werden, da diese eine echte Alternative aufzeige. Nicht nur die Briten, auch die Befürworter einer weitgehenden Forschungsfreiheit in Deutschland, müssten sich fragen lassen, wo für sie die Grenzen menschlicher Verfügbarkeit seien und

welchen Stellenwert die Würde des Menschen für sie habe. Abschließend bekräftigte Frau Prof. Böhmer erneut ihre Aufforderung an die Bundesregierung, sich jetzt mit aller Kraft für ein striktes generelles Klonverbot in einer UN-Klonkonvention und für ein breites internationales Bündnis einzusetzen. Denn therapeutisches und reproduktives Klonen unterschieden sich nicht von der Sache her, sondern nur in der Zielsetzung.

„Luther“ zu Gast bei Gründung des EAK-Mittelrhein. Neu gewählter Bezirksvorstand traf sich zu konstituierender Sitzung

Der neu gewählte Vorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU für den Bezirk Mittelrhein traf sich im Juli dieses Jahres zu seiner konstituierenden Sitzung im Gemeindehaus in Erftstadt-Niederberg.

Der achtköpfige Vorstand war auf einer Mitgliederversammlung Ende Mai gewählt worden. Damit besitzt der Bezirk Mittelrhein seit langer Zeit wieder ein gemeinsames Forum, das die Positionen der Kreisverbände Bonn, Erftkreis, Leverkusen, Köln, Rhein-Sieg-Kreis auf Landesebene bündeln und ihr Gewicht stärken soll. Gewählt wurden **Felicitas Klieve** (Erftkreis) als Vorsitzende sowie **Karsten Möring** (Köln) und **Ingo**



v. l.: Karsten Möring, Ingo Schulze, Andre Hermanns, Felicitas Klieve, Hans-Ulrich Volland, Rainer Rilke, Volkmar Klein MdL

Schulze (Bonn) als deren Stellvertreter. Als Pressesprecher wurde **Andre Hermanns** (Bonn) gewählt.

Beisitzer wurden **Uwe Claussen** (Leverkusen), **Rainer Rilke** (Köln), **Friedrich Öttler** (Rhein-Sieg) und **Hans-Ulrich Volland** (Erftkreis).

Der EAK-Bezirk Mittelrhein sprach zunächst sein Bedauern aus, über den fehlenden eindeutigen Gottesbezug in der EU-Verfassung.

Der Vorstand betrachtete ferner mit Sorge den wachsenden Einnahmeschwund der Kirchengemeinden durch geringe Geburtenraten und Kirchenaustritte. Die Unterhaltung kirchlicher Einrichtungen sei vielfach gefährdet und müsse in Einzelfällen bereits von Städten und Gemeinden aufgefangen werden. Der Vorstand beschloss, sich nach der Sommerpause erneut dieses Problems anzunehmen.

Auf einem anschließenden Empfang wurde der Kinofilm „Luther“ gezeigt. Viele Gäste waren der Einladung in das Gemeindehaus in Erftstadt-Niederberg gefolgt, darunter **Rita Klöpffer**, evangelische Landtagskandidatin der CDU aus Frechen sowie die CDU Bürgermeisterkandidatin **Carla Neisse-Homelsheim** aus Erftstadt.

Evangelikale Meinungsführer sprachen mit EAK

Zu einem Meinungsaustausch sind führende Evangelikale aus den USA mit dem Bundesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, **Thomas Rachel MdB**, sowie dem Generalsekretär des deutschen CVJM-Verbandes, **Pfarrer Ulrich Parzany**, dem Vorsitzenden der Evangelischen Allianz Berlin, **Axel Nehlsen**, und weiteren Vertretern der Evangelischen Allianz zusammengekommen. Die amerikanische Delegation unter Leitung von **Reverend Richard**



Thomas Rachel MdB (5. v. links) und CVJM-Generalsekretär, Pfarrer Ulrich Parzany, im Kreise Evangelikaler.

Land, Vorsitzender der „Kommission für Ethik und Religionsfreiheit bei den südlichen Baptisten“, und **Reverend Richard Cizik**, Vizepräsident der „Nationalen Vereinigung der Evangelikalen (NAE)“, tauschte mit den deutschen Protestanten Erfahrungen über die Bedeutung der Christen

in einer sich verändernden Gesellschaft aus. Gemeinsam sprachen sich alle für stärkere Kontakte zwischen dem Protestantismus in Deutschland und in den USA aus. Dazu beitragen will die Konrad-Adenauer-Stiftung mit einer Tagung in den USA im nächsten Jahr.

Die Geschichte des EAK!

Das Buch zum 50-jährigen Jubiläum des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU



Zum Preis von 5,- Euro (inkl. Porto- und Versandkosten).

Zu beziehen über: Bundesgeschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Klingelhoyerstraße 8, 10785 Berlin, Telefon: 0 30-22 07 04 32, Telefax: 0 30-22 07 04 36, E-Mail: eak@cdu.de



**„Wenn der Herr nicht das Haus baut,
so arbeiten umsonst, die daran bauen.
Wenn der Herr nicht die Stadt behütet,
so wacht der Wächter umsonst.“** (Psalm 127,1)

Von Zeit zu Zeit entdeckt man sie noch hier und da in unseren Städten und Dörfern: Alte Häuserfassaden mit frommen Sinnsprüchen. Diese Relikte einer vergangenen Zeit künden von einem Bewusstsein, das von dem unserigen „Lichtjahre“ entfernt zu sein scheint, weil es noch von der „schlechthinnigen Abhängigkeit“ unseres gesamten Lebens von der Gnade Gottes weiß. Geradezu irrwitzig erschiene den gläubigen Gemütern früherer Generationen die heutige Gottesvergessenheit, mit der wir beispielsweise die massenhafte Realisierung hochmoderner und hypertechnisierter Bauvorhaben vorzunehmen pflegen. Und obwohl heutzutage auch im Privaten jedermann, der an seinem Eigenheim baut, sehr wohl weiß, wie viel Zeit, Energie und Nerven solches kostet und vor allem vor Augen haben dürfte, welche wirtschaftlichen und finanziellen Risiken damit verbunden sind, denken wohl die wenigsten daran, – nach erfolgreichem Hausbau – Gott dafür zu danken.

Gott ist dem modernen städtischen Bewusstsein weitestgehend entschwunden, er ist zum Heimatlosen in unseren Häusern geworden, und das zeigt sich auch an der geistigen „Gesamt-Architektur“ unserer postmodernen Wohn- und Lebensräume. Daran ändern auch die vielen Kirchtürme nichts, die als symbolische Zeigefinger in Richtung Himmel weisen. Es mutet – aus höherer Perspektive betrachtet – schon einigermaßen schizophren an, dass genau in dem Maße, in dem wir nun schon seit

Generationen in Deutschland durch einen historisch einzigartigen Wohlstand gesegnet worden sind, auch unsere Fähigkeit zum Dank für solchen Segen mehr und mehr verloren haben.

Es besteht dabei m.E. ein augenfälliger Zusammenhang zwischen dieser bereits chronisch gewordenen Undankbarkeit (im höheren Sinne des Wortes) und dem Irrglauben an die unbegrenzte Machbarkeit der eigenen menschlichen Haushalterschaft („Ökonomie“). Wer aufgrund von jahrzehntelang konditionierter materieller Vollversorgungsmentalität verlernt hat, die Nichtselbstverständlichkeit solchen Glückes zu erkennen, für den muss schon der bloße Gedanke an eine Begrenzung der bisherigen als selbstverständlich in Empfang genommenen sozialstaatlichen Segnungen als völlige Unzumutbarkeit erscheinen. Insofern entpuppt sich die sogenannte Krise unseres Sozialstaates, so wie wir es gegenwärtig an den Hartz IV-Diskussionen verfolgen können, vor allem auch als Krise unserer geistig-geistlichen Grundorientierung.

Das Wort „Ökonomie“ war zu Zeiten der Kirchenväter noch Synonym für das geschichtliche Heilshandeln Gottes für diese Welt. Vom Psalmbeter sollten wir uns wieder in Erinnerung rufen lassen, unter welchen Vorzeichen auch unsere moderne „Haushalterschaft“, sei sie nun privater oder öffentlicher Natur, letzten Endes steht.

Meißner

Unsere Autoren:

Prof. Dr. Bassam Tibi
Abt. für Internationale Beziehungen
Seminar für Politikwissenschaft
Platz der Göttinger Sieben 3
37073 Göttingen

Dr. Gottfried Mehnert
Dörfflerstr. 4
35037 Marburg

Gerhard Arnold
Oberstudienrat
Helmuth-Zimmerer-Str. 37
97076 Würzburg